

Leserbrief in der Nürtinger Zeitung vom 24.7.98

Briefe an Abgeordnete

Carl-Heinz Barner, Unterensingen. Abhängig von der Interessenlage gibt es auf die Frage: „Sind Lohnerhöhungen wirtschaftlich sinnvoll?“ verschiedene sich widersprechende Antworten: a) Lohnerhöhungen erhöhen die Nachfrage und fördern die „wirtschaftliche Entwicklung“; b) Lohnerhöhungen sind Kosten, verteuern das Produkt und behindern die „wirtschaftliche Entwicklung“. Wer hat recht?

Um herauszufinden, welche Antwort die richtige ist, habe ich versucht, ein Modell der Marktwirtschaft zu bilden (das ich hier aus Platzgründen nicht darstellen kann), um damit auch Fragen der theoretischen, prinzipiellen Grenzen der Marktwirtschaft zu erörtern. (Zum Beispiel: Kann es in der Marktwirtschaft theoretisch Vollbeschäftigung geben? Ist Überproduktion in der Marktwirtschaft zwangsläufig?)

Da „meine“ Volksvertreter Jörg Döpfer (CDU), Elmar Müller (CDU), Ursula Eid (Die Grünen), Winfried Kretschmann (Die Grünen), Ulrich Noll (FDP) und Nils Schmid (SPD) meines Wissens Anhänger der Marktwirtschaft (mit der jeweiligen Variante sozial, ökologisch, frei und so weiter und so fort) sind, habe ich diese im Februar dieses Jahres angeschrieben und äußerst konkrete Fragen gestellt. Außerdem habe ich die Bitte geäußert, diesen Brief an die entsprechende kompetente Stelle der jeweiligen Partei weiterzuleiten, falls sich der Adressat außerstande fühlt, diese Fragen zu beantworten.

Von den Volksvertretern Müller, Eid und Noll erhielt ich bis heute (!) keine Antwort. Volksvertreter Kretschmann, obwohl

Anhänger der Marktwirtschaft, meint in seiner Antwort, „daß die Beantwortung wohl schwerlich Aufgabe der Politik sein kann“. Um im religiösen Metier des Beauftragten für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Kretschmann, zu bleiben: Reicht es, wenn der Papst die Bibel einmal „diagonal“ durchgelesen hat, um ausgestattet mit diesem „Verkäuferwissen“ neue Mitglieder zu „ziehen“, oder sollte er beziehungsweise der hinter ihm stehende Apparat so viel Wissen besitzen, daß er nichttriviale Fragen beantworten kann?

Volksvertreter Schmid hat meinen Brief zwar an den wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion weitergeleitet, doch muß der Brief wohl in der SPD-Hierarchie hängengeblieben sein, da mich bis heute noch keine Antwort erreicht hat.

Volksvertreter Döpfer hat mir nach über vier Monaten (!) eine (wie er es nennt) „etwas verspätete Antwort“ gegeben, aber meine Fragen nicht konkret beantwortet. Bevor er einem schnelleren Standort Deutschland das Wort redet, wäre es vielleicht angebracht, den eigenen Standort schneller zu machen.

„Leistung muß sich wieder lohnen“ – ein Spruch, mit dem einige Volksvertreter gerne hausieren gehen. Zum Leistungsumfang des Jobs eines gutdotierten Volksvertreters gehört doch wohl auch, sich den Aufwand der Beantwortung (in einer angemessenen Zeit!) brieflicher Anfragen zu machen, oder? Dieselben Volksvertreter (beziehungsweise die mit ihnen verbundenen Parteien) machen sich doch auch den Aufwand, mindestens alle vier Jahre bei für sie selbst wichtigen Anlässen (wenn es um ihre eigene Weiterbeschäftigung als Volksvertreter geht) ungefragt zentnerweise Papier- und Propagandamüll zu verschicken, in dem sie als Schlagwort-Produzenten mit angeblichem Expertenwissen aufwarten.

Von jedem Sachbearbeiter und jedem Arbeiter, der mit derselben „Reaktionszeit“ wie diese ausgestattet wäre, würden „meine“ Volksvertreter doch medienwirksam die Entlassung fordern, weil er die von ihnen propagierte Leistungsgesellschaft behindern würde.

28.1.99
Nürtinger Zeitung

Nationale Empfindungen

Thaddäus Kunzmann, Nürtingen. Zum Leserbrief „Eine Friedensbrücke“ vom 27. Januar. Herr Maschajechi begründet sehr sachlich und sympathisch seine Haltung zugunsten einer doppelten Staatsbürgerschaft. Wörtlich schreibt er: „Die neuen Staatsbürger mit doppelter Staatsangehörigkeit würden mehr Verantwortung für ihre Wahlheimat Deutschland tragen, ohne dabei ihre ‚angeborene‘ Heimat zu verraten...“

Das Wort „verraten“ deutet darauf hin, daß man die alte Staatsbürgerschaft behält, weil man im Herzen das bleiben will, als was man geboren wurde. Um aber nun alle Rechte und Pflichten eines Deutschen zu bekommen, will man den deutschen Paß. Auf Deutsch: Im Herzen bleibt man zum Beispiel Türke, der Verstand plädiert für Deutschland. Das hat nichts mit Integration zu tun! Man will die Sicherheit des deutschen Passes, ohne wirklich „Deutscher“ werden zu wollen. Und dagegen wende ich mich! Ich habe nichts dagegen, sondern begrüße es, wenn ein Mensch, der viele Jahre hier lebt und sich integriert hat, die letzte Konsequenz zieht und seine alte Staatsbürger-

schaft ablegt, um Deutscher zu werden. Diese Menschen sind uns willkommen.

Wir leben hier aber nicht in „Jederland“, wo es gleichgültig ist, wer hier lebt. Hauptsache, alle Häuser sind bewohnt! Wir leben hier in Deutschland, wir haben unsere Gesetze, unsere Ansichten, unsere Sprache, unsere Mentalität. Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als weltoffenes und ausländerfreundliches Land bekannt. Viele Bosnier, Albaner, Kurden, Menschen aus vielen Notgebieten fanden hier eine sichere Zuflucht. Bei uns leben inzwischen über sieben Millionen Ausländer. Viele von ihnen sind voll integriert. Dort, wo dies noch nicht gelungen ist, liegt es auch nicht nur an uns Deutschen! Aber dies alles wurde geschafft, ohne daß wir die doppelte Staatsbürgerschaft haben.

Warum also soll jetzt alles gefährdet werden? Ich denke, es ist legitim, daß wir auch auf unsere nationalen Empfindungen hören. Ich halte es für gefährlich, daß nun ein Gesetz, das unser Staatsvolk nachhaltig und unwiderruflich verändern wird, mit einfacher Mehrheit im Bundestag beschlossen werden soll. Und ich halte es für gefährlich, daß jede Regung und Diskussion dagegen als „rechtsradikal“ oder „ausländerfeindlich“ bezeichnet wird. Unseren nationalen Empfindungen dürfen sich halt nicht nur auf Fußball-Länderspiele beschränken. Wer denkt, solche Diskussionen verhindern zu müssen, der pflegt in Wirklichkeit radikale Ausländerfeindlichkeit in schlimmeren Formen.

10.2.99 Nürtinger Zeitung

Welche Mentalität?

Carl-Heinz Barner, Unterensingen. Zum Leserbrief „Nationale Empfindungen“ vom 28. Januar. Herr Kunzmann behauptet in seinem Leserbrief, daß „wir“ (wen meint er damit?) alle unsere (also die gleiche!) Mentalität haben. Welche Mentalität meint er? Etwa die Mentalität des Vorbestraften Lambsdorf oder hoher CDU-Funktionäre, die früher für den Stasi gearbeitet haben? Glaubt er etwa, daß die deutsche Bevölkerung diese Mentalität besitzt? Das wäre eine Anmaßung sondergleichen und eine Beleidigung der gesamten deutschen Bevölkerung.

Des weiteren stellt er fest: „Unsere nationalen Empfindungen dürfen sich halt nicht nur auf Fußball-Länderspiele beschränken.“ Weiß Herr Kunzmann eigentlich, woher das Geld kommt, das seine durch die Ansicht eines Fußball-Länderspiels mit deutscher Beteiligung auftretende nationale Erregung verursacht? Das Geld, das die hochbezahlten Fußball-Millionäre kosten, kommt ja nicht nur von einigen freiwillig zahlenden Stadion-Zuschauern, sondern auch von Sponsoren wie Opel, Mercedes usw., also auf gut deutsch gesagt den Beschäftigten in diesen Firmen. Wäre es dann nicht konsequent, wenn er, der jetzt plötzlich für die Volksabstimmung und „die Deutschen“ eintritt, sich dafür einsetzen würde, daß die in diesen Firmen Beschäftigten und die Werte Produzierenden darüber abstimmen können, was mit dem von ihnen erwirtschafteten Extra-Profit geschieht?

Dieser Extra-Profit wurde bis jetzt von den Kapitaleignern (wie Sachs, Flick usw.) an die – im Gegensatz zu den in den Großkonzernen Beschäftigten – in Saus und Braus lebenden und im Luxus hausenden Fußballspieler, Tennisspieler, Rennfahrer usw. wie Peanuts verfüttert. Sollte diese Frage nicht die Mehrheit, nämlich die Masse der Arbeiter und Angestellten entscheiden, sondern die Minderheit der Kapitaleigner (deren einzigstes „Verdienst“ es ist – wenn sie gerade nicht selbst produktiv tätig sind – Eigentümer der Produktionsmittel zu sein)?

20.5.99 Nürtinger Zeitung

Die amerikanischen Freunde

Carl-Heinz Barner, Unterensingen. Der grüne Minister Fischer bezeichnet die Regierung der USA als seine Freunde. Sind die Regierungsmitglieder der USA, die Diktaturen in der 3. Welt unterstützen und die dortige Opposition rücksichtslos und brutal bekämpfen, auch die Freunde von Staatssekretärin Dr. Eid? Hat Dr. Eid noch andere „Freunde“ dieser Art?

Die Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich gern öffentlichkeits- und werbewirksam für die Anliegen afrikanischer Länder ein. Sagt die Staatssekretärin im Bundesamt für wirtschaftliche Zusammenarbeit ihren dortigen Freunden auch, daß ihnen und „ihren“ Ländern ein Krieg durch die Nato droht, falls diese nicht dazu bereit sind, dort eventuell vorkommende Bodenschätze oder andere Ressourcen an die reichen Nato-Länder zu deren Bedingungen zu verscherbeln?

Oder hat Frau Eid eine andere Auffassung von „wirtschaftlicher Zusammenarbeit“, als der dem Verteidigungsministerium unterstehende „Bereichsleiter für Analyse und Risikoprognosen“ der Bundeswehr? Rainer Arnold von der SPD, Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag, und damit dem militärischen Flügel der Koalition angehörend, wird hier sicherlich mehr dazu sagen können. Er kennt in seiner Funktion als Mitglied des Verteidigungsausschusses die internen und externen Ver-

öffentlichungen und Einschätzungen obengenannter Abteilung sehr genau.

Selbst wenn die an den Informationsquellen sitzenden grünen Funktionäre den Krieg gegen Jugoslawien als humanitären Einsatz rechtfertigen, wäre es gerade jetzt, wo sie endlich an der „Macht“ sitzen dürfen, ihre Pflicht, den eigentlichen Charakter dieses Krieges nicht zu verschleiern und ihm nicht einen grünmoralischen Anstrich zu verpassen. Wenn man die vom Verteidigungs(?)ministerium zu verantwortenden Berichte ernst nimmt, muß man zu der Auffassung kommen, daß der jetzige Krieg gegen Jugoslawien unter anderem eine mit Hilfe der Nato-Grünen inszenierte militärische Übung darstellt, die das Ziel hat, die „Expeditionskräfte des Westens“ zu testen und gleichzeitig zu trainieren, damit die „Kolonialmächte“ in Zukunft („Streitigkeit um Ressourcen“) optimal dafür gerüstet sind, den „Abtransport von Bodenschätzen“ in den „Kolonien“ und „armen Staaten“ zu überwachen.

Warum informieren die Staatssekretärin Dr. Eid und Minister nicht gerade jetzt die Bevölkerung über die Kriegspläne und Strategien von Verantwortlichen im sogenannten Verteidigungsministerium oder ihm unterstehender Behörden? Die Bevölkerung wird sich sicherlich sehr dafür interessieren, wer in einem zukünftigen Ressourcen-Krieg seinen Kopf hinhalten muß.

20.8.99
Nürtinger
Zeitung

Fragen an Politiker

20.8.99 NZ

Karl-Heinz Barner, Unterensingen. Zum Artikel: „Uschi Eid: Ich bin mit Leidenschaft im Geschäft“ vom 12. August. Mir kommen fast die Tränen, wenn ich in dem Interview mit MdB Eid lese, „wie brutal Menschen, die sich als Friedensfreunde bezeichneten, mit ihr umgegangen seien“. Wie „brutal“ MdB Eid einige Menschen missachtet, die konkrete Fragen an sie stellen, möchte ich im Folgenden schildern:

Mit Hilfe „der Grünen“ und der SPD hat „Deutschland“ endlich wieder einen (kleinen) Krieg gewonnen und damit die miserable Auswärtsserie beendet. Ich gratuliere. Das ist zwar nicht viel im Vergleich zu zwei verlorenen Weltkriegen (im ersten hat die damalige SPD schon dazu beigetragen, dass Millionen Arbeiter für Profitinteressen verheizt wurden), aber was noch nicht ist, kann ja noch werden. Trotz dieser „unglaublichen“ Leistung habe ich mir in der „Kriegsdiskussion“ erlaubt, am 20. Mai an die Funktionärin Eid (MdB) von den Grünen und den Funktionär Arnold (MdB) von der SPD konkrete Fragen zu richten. Bis heute (!) habe ich keine Antwort erhalten. Müsstens sie so lange auf ihre Diäten warten wie ich auf meine Antwort, würden sie – um den Sprachgebrauch der Kriegsgewinner zu verwenden – Heerscharen und Bataillone von mit Steuergeldern bezahlten Rechts- und Staatsanwälten mobilisieren, um an ihr „schwer verdientes“ Geld zu kommen.

Meint Frau Eid eigentlich, dass sie ihrer demokratischen Pflicht nachkommt, wenn „ihre“ Partei ihren Abfall (Zeitschrift „grün und bündig“) entsorgt, indem sie ihn mir ungefragt und unverlangt zuschickt, und es genügt, wenn sie Sonntagsreden zum 50-jährigen „demokratischen“ Bestehen der BRD (plus einkassierter Ex-DDR) hält, sich aber selbst dafür zu fein ist, konkret an sie gerichtete Fragen zu beantworten. Es ist eben nicht damit getan, die Bevölkerung – vor allem vor Wahlkämpfen – mit nicht einklagbaren, unverbindlichen Versprechen und allgemeinem, belanglosen Geschwätz, dessen Gültigkeit eine kaum messbare Halbwertszeit besitzt, auf postalischem Weg zuzumüllen. Dagegen müssen sich die sich zur Wahl stellenden Politiker – gleiches Recht für alle – umgekehrt genauso gefallen lassen, selbst Adressat von Briefen und Anfragen zu werden. Da es natürlich taktisch schwieriger ist (man könnte sich ja konkret festlegen), konkrete Briefe zu beantworten, deren Inhalte einem vielleicht einmal vor die Nase gehalten werden, kann ich die Ignoranz der Funktionäre Eid und Arnold zwar nachvollziehen, trotzdem erwarte ich, dass meine Fragen beantwortet werden.

Von Interesse ist für mich außerdem: Gibt es noch weitere Berichte über Kriegsspiele, Szenarien und militärische Strategien, für die das Verteidigungsministerium (insbesondere der „Bereich für Analyse und Risikoprognosen“) verantwortlich ist? Eigentlich ist dies das Spezialgebiet von „Friedensfreund“ Arnold, Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag und Kriegsbefürworter im Jugoslawienkrieg, der jetzt wieder Zeit haben müsste, seinen demokratischen Pflichten nachzukommen. Verpflichten sich die Funktionäre Eid und Arnold vertraglich, in Zukunft derartige (auch geheime) Berichte der Bevölkerung unverzüglich mitzuteilen, da diese sich dann entsprechend darauf einstellen kann?

Fragen ohne Antwort

Carl-Heinz Barner, Nürtingen. Die „Afrika-Expertin“ und Grünen-Funktionärin MdB Eid meinte beim G8-Gipfel in Schottland: „Die gewalttätigen Proteste sind nicht im Sinne Afrikas“. Dieses scheinheilige Gerede soll über die geplanten gewalttätigen Einsätze der Bundeswehr hinwegtäuschen.

Zur Auffrischung der Erinnerung der Abgeordneten, die einmal „Frieden schaffen ohne Waffen“ wollte, hier ein kleiner Auszug aus den Schlachtplänen des Oberstleutnants Reinhard Herden, Angehöriger des Nachrichtenwesens der Bundeswehr und Bereichsleiter für Analysen und Risikoprosen in der vom Verteidigungsministerium herausgegebenen Monatszeitschrift „Truppenpraxis“ 2/1996:

„Das 21. Jahrhundert wird eine Ära eines neuen Kolonialismus sein“ – „Die Kolonien der Zukunft werden vor allem Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte für die Kolonialmächte sein“ – „Die Regierungen der reichen Staaten werden physische und digitale Sicherheitskorridore für den Abtransport von Bodenschätzen einrichten“.

Ist das das Angebot der Grünen und ihrer gut dotierten Funktionäre, denen Lohnraub und Hartz IV fremd sind: Ausplünderung der Bevölkerung nach innen, Kriege und der Tod unschuldiger Menschen nach außen? Wird die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und persönliche G8-Afrikavertreterin des Bundeskanzlers und Anhängerin des Jugoslawien-Krieges Eid im Kriegsfall dann persönlich „zugegen sein“, wenn es „um Afrika geht“, oder marschiert sie dann nur im Geiste mit? MdB Arnold (Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag) hat Lafontaine in der Nürtinger Zeitung (31. August) vorgeworfen, sich nicht mit einfachen SPD-Mitgliedern zu unterhalten.

Er sollte lieber nicht den Mund so voll nehmen; er macht genau das Gleiche: Ich habe die Abgeordneten Arnold und Eid schon zweimal in der Nürtinger Zeitung aufgefordert, zu den imperialistischen Ideen aus dem so genannten Verteidigungsministerium Stellung zu nehmen. Bis heute habe ich keine Antwort erhalten.

Eine weitere Frage: Wie viele deutsche KSK-Soldaten sind bis jetzt im Ausland getötet worden? Fühlt sich das rot-grüne „Friedensgespann“ auch nicht in der Lage, mir diese Frage zu beantworten? Mit welchem Recht eigentlich schieben solche Politiker, die Arbeitslosen Ein-Euro-Jobs empfehlen, aber einfachste Fragen nicht beantworten, so viel Geld ein?

6.12.05 NZ

Advent und Abschiebung

Carl-Heinz Barner, Nürtingen. Zum Artikel „Kurdische Familie von Abschiebung bedroht“ vom 26. November. Die Entblößung menschlicher Haut handelnder Figuren in religiösen Mythen hat vor kurzem in der Nürtinger Zeitung für helle Aufregung bei sich christlich nennenden Menschen und religiösen Funktionären gesorgt. Für eine viel größere Aufregung müsste bei diesen Menschen eigentlich dieser Artikel sorgen, in dem über die geplante Abschiebung der kurdischen Familie Batan berichtet wird. Die durch die geplante Abschiebung verursachte Traumatisierung hat bei der Tochter schon einen Selbstmordversuch ausgelöst, und der Sohn wird mit der Zukunftsangst leben müssen, beim türkischen Militär sein Leben zu riskieren und andere Menschen zu töten.

Zumindest von den religiösen Funktionären (der in diesem Kulturkreis verbreiteten Religionen), die von Nächstenliebe und Menschlichkeit reden, erwarte ich eigentlich, dass sie sich für diese Familie einsetzen und ihr helfen. Ob man das von der SPD und den Grünen erwarten kann, die Kriege inszenieren und Waffenexporte zumindest tolerieren (und damit auch Flüchtlinge erzeugen), oder von der „christlichen“ CDU, die, als sie noch „regierte“, Panzer und andere Waffen in die Türkei lieferte (beziehungsweise dafür verantwortlich war), mit denen in Kurdistan Menschen getötet wurden, weiß ich nicht, das bleibt abzuwarten.

Trotzdem fordere ich auch Politiker dieser Parteien dazu auf (sofern noch nicht geschehen), öffentlich Stellung dazu zu nehmen. Während man hier Weihnachten feiert, das so genannte „Fest der Liebe“, wird gleichzeitig eine Familie in eine unsichere Zukunft „abgeschoben“ und ihre Existenz gefährdet. Rohe Weihnachten!

6.12.05

Nürtinger
Zeitung

15.12.05
Nürtinger
Zeitung

15.12.05 NZ

Christliche Werte?

Karl-Heinz Barner, Nürtingen. Zum Artikel „Eine Rückkehr in die Türkei ist unzumutbar“ vom 3. Dezember und zum Leserbrief „Es ist nicht zu fassen“ vom 8. Dezember: Warum unterstellt Herr Henrichsmeyer den Batans, dass diese sich nicht rechtstreu (welcher Straftatbestand wurde erfüllt?) verhalten haben? Warum unterstellt er den Batans, sie hätten wissen müssen, dass sie vermutlich kein reguläres Daueraufenthaltsrecht bekommen werden, obwohl die Brüder des Herrn Batan dieses erhalten haben?

Der Landtagsabgeordnete Döpfer, selbst (vertriebener) Ex-Flüchtling, der hier Zuflucht gefunden und das Privileg der Aufnahme erhalten hat (und damit die Ängste dieser Menschen kennen sollte), und jetziger Vorsitzender des Petitionsausschusses, sagt in einem Artikel der Nürtinger Zeitung, als Politiker müsse er „die gesamte Situation sehen, und da gäbe es noch härtere Fälle von Asylbegehren“. Und wie sieht er es als Christ, oder kann er als Politiker gleichzeitig kein Christ sein (dann soll er entweder aus der Kirche oder aus der CDU austreten)?

Döpfer ist Christ und Mitglied einer sich selbst als christlich bezeichnenden Partei. Wenn er dies ernst meint, müsste er sich erst recht für die noch härteren Fälle mit allen in seiner Macht stehenden Möglichkeiten einsetzen, anstatt diese Fälle als Argument herzunehmen, die Abschiebung zu rechtfertigen. Als Christ ist er den so genannten „christlichen Werten“ verpflichtet. Er kann jetzt nicht hergehen und von der ganzen Sache nichts mehr wissen wollen, weil dies gerade nicht in sein politisches Konzept passt. Wenn er sich diesen Werten nicht mehr verpflichtet fühlt, soll er gefälligst aus der Kirche austreten und Menschen, die sich diesen Werten verpflichtet fühlen, dort Platz machen. Dies wäre ehrlicher, als durch das Dasein einer Karteileiche in einer kirchlichen Datenbank und mit formalen Kirchbegehungen bei Wahlen Stimmen zu schinden. Das Gleiche gilt für den CDU-Abgeordneten, „Wertkonservativen“ (welche Werte?) und angeblichen Christen Karl Zimmermann, der den Batans empfiehlt, auf ihre Rechte zu verzichten und sich selbstverwaltet und kostengünstig in neoliberaler Art und Weise selbst zu entsorgen. Dies empfiehlt er als „Wirtschaftsliberaler“ natürlich nicht den Großkonzernen, die mit Hilfe ganzer Armeen von Wirtschaftsanwälten sich „bis zum Exzess“ notfalls mit „Prozesshanselen“ um Steuerzahlungen drücken und als Steuer-Flüchtlinge die von den hier beschäftigten Arbeitern und Angestellten erzeugten Profite in Länder verschieben, in denen Arbeitende rechtlos sind, ausgepresst und verfolgt werden und deshalb aus wirtschaftlichen und politischen Gründen zu Flüchtlingen werden können.

20.2.2010 Nürtinger Zeitung

Meinungsvielfalt an Schulen zulassen

20.2.10 NZ

Jürgen Kienzle, Nürtingen. Zum Artikel „Bundeswehr soll in Schulen abrüsten“ vom 17. Februar: Es überrascht mich schon, in dem Artikel zur Bundeswehr an den Schulen erfahren zu können, dass die Grünen, zusammen mit der Friedensbewegung, von den Jugendoffizieren der Bundeswehr eine Indoktrination der Schüler befürchten. Dabei wird hervorgehoben, dass sogar die Gewinnung von Nachwuchs für die Auslandseinsätze beabsichtigt sein könne.

Wenn ich richtig informiert bin, haben die Grünen als Angehörige der rot-grünen Koalition einem Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch zugestimmt. Von weiteren Einsätzen, die unter Außenminister Fischer abgesegnet wurden, ganz zu schweigen. Jetzt, nachdem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Afghanistan-Einsatz ablehnt, finden es die Grünen auch.

Offiziere der Bundeswehr sind im Status von Bundesbeamten. Sie tun das, was ihnen von einem demokratisch gewählten Parlament aufgetragen wird. Gemäß Paragraph 8 des Soldatengesetzes ist der Soldat dem Grundgesetz verpflichtet und muss durch sein gesamtes Verhalten für seine Erhaltung eintreten. Dazu kommt, dass heute nahezu jeder Offizier über ein akademisches Studium verfügt. Man darf also ruhig eigenständiges und demokratisch ausgerichtetes Denken unterstellen.

Übrigens, auch die Medien können indoktrinieren. Jüngst veröffentlichte, tendenziöse und falsche Presseartikel über die Bundeswehr zeigen es. Die Gefahr einer Indoktrination könnte stets vorhanden sein, wenn man nicht auch Lehrern unterstellen dürfte, dass sie ihre Schüler so vorbereiten, dass sie sich ein eigenes und unabhängiges Meinungsbild schaffen können. Kritikfähigkeit kann aber nur entstehen, wenn auch Meinungsvielfalt zugelassen wird. Ich würde einen Lehrer, der sich diesem Auftrag nicht verpflichtet sieht, für problematischer halten als jeden Jugendoffizier, der allenfalls gelegentlich vor einer Klasse steht. Wer Schule kennt, weiß, dass eine Lastigkeit zugunsten der Bundeswehr, kaum besteht.

Ich sehe beide, Lehrer und Jugendoffiziere, als Garanten für unsere Demokratie und es ist nicht erforderlich, hier Nachhilfe zu erteilen.

Briefe an die Redaktion

1.3.2010 NZ

Bundeswehr an Schulen

Carl-Heinz Barner, Nürtingen. Zum Leserbrief „Meinungsverschiedenheit an Schulen zulassen“ vom 20. Februar: „Kritikfähigkeit kann aber nur entstehen, wenn auch Meinungsfreiheit zugelassen wird“, sagt Herr Kienzle. Warum gab es dann von 1983 bis 2004 eine vom Kultusministerium erlassene Verwaltungsvorschrift, die Vertretern von Kriegsdienstverweigerungs-Organisationen verbot, in der Schule ihre Sicht der Dinge darzustellen (auf militärisch „Feigheit vor dem Feind“)? Ist das unter Meinungsfreiheit zu verstehen, oder wollte man der Auseinandersetzung mit anderen Meinungen ausweichen, indem man versuchte, sie totzuschweigen?

Die Aussage „Wer Schule kennt, weiß, dass eine Lastigkeit zugunsten der Bundeswehr kaum besteht“ kann zumindest für diesen Zeitraum nicht gelten. Dass es der Propagandaabteilung der Bundeswehr dabei auch um die Gewinnung von Nachwuchs für Auslandseinsätze geht, ist nicht schon deswegen falsch, weil es von einer opportunistisch „gewandelten“ Partei als falsch bezeichnet wird. Dies gilt besonders, wenn diese Partei selbst Kriege mit organisiert hat (man erinnert sich an den Einsatz von Frau Eid für eine deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg hier in der Nürtinger Stadthalle) und ihre schillernden Funktionäre, wie eben Eid, Kretschmann, Trittin – und wie sie alle heißen – sehr schnell gemerkt haben, dass es sich im wahrsten Sinn des Wortes lohnt, die Rolle als linksradikaler Schreihs zugunsten des gut(en), (ver)dienenden Bürgers zu wechseln.

Wenn bestimmte Pädagogen Vertreter der Bundeswehr in die Schule einladen und den Kriegsdienst als „Arbeitsmöglichkeit“ anbieten lassen, ist dies besonders verlogen und zynisch, weil genau diese Pädagogen (zumindest die übergroße Mehrheit davon) diesen lebensgefährlichen „Beruf“ niemals ihren eigenen Kindern (in die sie emotional und finanziell investiert haben) empfehlen würden.

Veröffentlicht: 10.05.2025 - 05:00

Carl-Heinz Barner, Nürtingen. Zum Artikel „Der DGB nimmt die neue Regierung in die Pflicht“ vom 2. Mai.

Warum sich der Beitrag des OSN (Offene Solidarische Netzwerk) auf der 1. Mai-Kundgebung nicht – wie von NZ-Journalistin Nicole Mohn behauptet – mit dem zentralen Motto der Maikundgebung „Mach dich stark mit uns“ in Verbindung setzen lässt, ist nicht nachvollziehbar, wird dieses doch durch die DGB-Parole „Kommt mit uns am Tag der Arbeit auf die Straße und macht euch stark für eine friedliche und gerechte Zukunft in Deutschland“ näher spezifiziert. Hier wird doch das Thema Krieg und Frieden explizit erwähnt. Dass – wie von Nicole Mohn wahrgenommen – „das Ganze mehr von einer Hocketse als von einer politischen Veranstaltung hat“, liegt wohl daran, dass den Ausführungen der DGB-Rednerin ausführlich Platz gegeben, dem OSN-Beitrag aber nur ein paar Zeilen in der NZ spendiert wurden. Hatte die OSN-Rede doch einige brisante Zitate als Inhalt, die die angebliche „Zeitenwende“ von Scholz in einem ganz anderen, schrägen Licht erscheinen lassen: Zitat Oberstleutnant i.G. Reinhard Herden 1996 in der vom Verteidigungsministerium herausgegebenen Zeitschrift Truppenpraxis/Wehrausbildung: „Das 21. Jahrhundert wird eine Ära eines neuen Kolonialismus sein. Die Kolonien der Zukunft werden vor allem Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte für die Kolonialmächte sein. Die Regierungen der reichen Staaten werden physische und digitale Sicherheitskorridore für den Abtransport von Bodenschätzen [...] einrichten“. In der Rede wurde das Märchen der friedlichen Aufrüstung und einer angeblich wertegeleiteten, feministischen Außenpolitik als Marketing-Gag der oliv-grünen Partei dekonstruiert und gezeigt, dass es einem kapitalistischen und imperialistischen Deutschland in seinen zukünftigen Raubkriegen um die Sicherung „seiner“ Ressourcen und die Durchsetzung seiner interessengeleiteten geostrategischen Einflussnahme geht.